Stadt Kamen **Niederschrift**

Rat

über die
5. Sitzung des Rates
am Mittwoch, dem 31.10.2012
in der Stadthalle

Beginn: 16:00 Uhr
Ende: 18:35 Uhr

Anwesend

Bürgermeister
Herr Hermann Hupe

SPD
Herr Thomas Blaschke
Frau Britta Dreher
Frau Marion Dyduch
Herr Joachim Eckardt
Herr Kaya Gercek
Frau Astrid Gube
Frau Petra Hartig
Herr Hans-Dieter Heidenreich
Herr Daniel Heidler
Herr Peter Holtmann
Frau Renate Jung
Herr Klaus Kasperidus
Herr Heiko Klanke
Herr Michael Krause
Herr Friedhelm Lipinski
Herr Ulrich Marc
Frau Ursula Müller
Herr Heinrich Rickwärtz-Naujokat
Herr Silvester Runde
Herr Udo Theimann
Herr Theodor Wältermann
Herr Manfred Wiedemann
Frau Nicola Zühlke

CDU
Herr Dirk Ebbinghaus
Herr Ralf Eisenhardt
Herr Rainer Fuhrmann
Frau Rosemarie Gerdes

Herr Reinhard Hasler
Herr Wilhelm Kemna
Herr Heinrich Kissing
Frau Susanne Middendorf
Frau Ina Scharrenbach
Herr Franz Hugo Weber

Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Herr Klaus-Bernhard Kühnapfel
Frau Alexandra Möller
Herr Adrian Mork
Frau Bettina Werning

FDP
Frau Heike Schaumann
Herr Martin Wiegelmann

DIE LINKE / GAL
Herr Klaus-Dieter Grosch
Frau Gabriele Lenkenhoff

fraktionslos
Herr Cetin Bahcekapili
Herr Dieter Kloß

Ortsvorsteher
Herr Heinz Henning
Herr Ulrich Klein
Frau Ursula Lungenhausen
Herr Hans-Jürgen Senne

Verwaltung
Herr Reiner Brüggemann
Frau Sabrina Conrad
Herr Uwe Liedtke
Herr Jörg Mösgen
Frau Ingelore Peppmeier
Herr Ralf Tost
Herr Ronald Sostmann

Personalrat
Herr Uwe Fleißig

Gäste
Herr Thorsten Helbig

Entschuldigt fehlten
Frau Annette Mann

Der Bürgermeister, Herr **Hupe**, begrüßte die Ausschussmitglieder sowie die Mitarbeiter der Verwaltung und Vertreter der Presse. Besonders begrüßte er die anwesenden Vertreterinnen und Vertreter der Sparkassen Unna und Kamen sowie den Geschäftsführer der KBG Herrn Herrmann.
Er stellte die Beschlussfähigkeit fest und eröffnete die form- und fristgerecht einberufene Sitzung.

Die Tagesordnung wurde aus Dringlichkeitsgründen einstimmig um den neuen Tagesordnungspunkt 5 – Genehmigung einer außerhalb der Planung anfallenden investiven Mehrauszahlung im Produkt 55.01.01 – Öffentliches Grün – hier: Ersatzbeschaffung eines Traktors mit Frontlader – erweitert.
Die Reihenfolge der nachfolgenden Tagesordnungspunkte wurde entsprechend geändert.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gratulierte der Bürgermeister Herrn Fuhrmann und Herrn Klanke im Namen von Rat und Verwaltung zum Geburtstag.

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Zusammenschluss der Städischen Sparkasse Kamen mit der Kreis- und Stadtsparkasse Unna	081/2012
2	Änderung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Stadt Kamen	084/2012
3	3. Änderung der Satzung über Kostenersatz für Einsätze und über Entgelte für freiwillige Leistungen der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Kamen	090/2012
4	Genehmigung einer außerplanmäßigen Auszahlung im Produkt 21.01.01 – Rückzahlung von Landesmitteln aus dem Förderprogramm „Zuwendung für Investitionen und Ausstattung in offenen Ganztagsschulen im Primarbereich“	089/2012
5	Genehmigung einer außerhalb der Planung anfallenden investiven Mehrauszahlung im Produkt 55.01.01 - Öffentliches Grün - hier: Ersatzbeschaffung eines Traktors mit Frontlader	092/2012
6	Einbringung Haushaltssatzung und Produkthaushalt für das Jahr 2013	
7	Einbringung Stellenplan für das Jahr 2013	
8	Jahresabschluss der Kamener Betriebsführungsgesellschaft mbH zum 31.12.2011	073/2012
9	Entlastung des Aufsichtsrates und der Geschäftsführung der Kamener Betriebsführungsgesellschaft mbH für das Geschäftsjahr 2011	074/2012
10	Einwohnerfragestunde	
11	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.
081/2012 Zusammenschluss der Städischen Sparkasse Kamen mit der Kreis- und Stadtsparkasse Unna

Zum Einstieg in den Tagesordnungspunkt stellte Herr **Hupe** Herrn Thorsten Helbig von der zeb vor. Herr Helbig habe im Fusionsprozess für die zeb die verschiedenen Zusammenschlussschritte moderiert.

Nach einer kurzen Vorstellung zu seiner Person und zur zeb referierte Herr **Helbig** anhand einer Präsentation (siehe Anlage 1 zur Niederschrift) zur Fusion der Städtischen Sparkasse Kamen mit der Kreis- und Stadtsparkasse Unna.
Einleitend betonte er die konstruktive und partnerschaftliche Zusammenarbeit aller Beteiligten.
Nach einem groben Überblick zu den fusionierenden Instituten stellte er mit einer Übersichtskarte dar, dass aus dem einheitlichen Wirtschaftsraum mit einer guten Verteilung der Geschäftsstellen und der damit verbundenen Nähe zu den Kunden ein großer Nutzen gezogen werden könne. Die Geschäftsstellenstruktur würde auch nach der Fusion so erhalten bleiben.
Er veranschaulichte, dass die hiesige Region geprägt sei von der Sparkassenstruktur.
Zur Orientierung gab er an, dass die Bilanzsumme der Sparkasse Unna ungefähr dem Durchschnitt im Gebiet des Sparkassenverbandes Westfalen-Lippe entspreche. Die Bilanzsumme der Sparkasse Kamen, wie auch der übrigen Sparkasseninstitute im Kreis Unna, würde sich unterhalb des Durchschnittes befinden. Allgemein sei das Gebiet des Westfälisch-Lippischen Sparkassenverbandes von kleineren Instituten geprägt.
In Bezug auf die Größenordnung im Raum des Sparkassenverbandes Westfalen-Lippe sei die Kreis- und Stadtsparkasse Unna-Kamen nach der Fusion im oberen Drittel der Institute angesiedelt.
Im Folgenden erläuterte er die herausgehobene Bedeutung der Sparkasse für die Unterstützung und nachhaltige Stärkung des Wirtschaftsraumes. Dazu zähle neben der Ausbildungsförderung und dem gesellschaftlichen Engagement die Förderung neuer Existenzgründer, die Förderung der regionalen Wirtschaft sowie weitere Förderungen, wie beispielsweise die Förderung von Projekten des Standortmarketings.

Die aktuellen und künftigen Entwicklungen, wie z.B. die demografische Entwicklung, der nachhaltige Wettbewerbsdruck, der Strukturbeitrag und die regulatorischen Verschärfungen, würden für die Sparkassen immer größere Herausforderungen darstellen. Die Dachverbände gingen zukünftig insgesamt von sinkenden Betriebsergebnissen aus.
Herr Helbig erläuterte im Anschluss den Mehrwert, der sich aus der Fusion der beiden Sparkassen für die Mitarbeiter und die Kunden, für die Sparkasse selbst sowie die Region und die Träger ergeben werde.
Der Sparkassenverband Westfalen-Lippe habe die Vorteilhaftigkeit einer Fusion für beide Institute bestätigt. Es sei zu erwarten, dass in den nächsten Jahren eine ansteigende Ergebnisverbesserung erreicht werden könne. Zur Verdeutlichung zitierte er das Schreiben des Sparkassenverbandes.
Im Anschluss nannte er die politischen Eckpfeiler der fusionierten Sparkasse, die überwiegend in dem öffentlich-rechtlichen Vertrag geregelt seien. Neben der Namensgebung, in der sich die beiden fusionierten Institute wiederfinden würden, sei die Sparkasse Unna die juristisch und technisch aufnehmende Sparkasse, was betriebswirtschaftlich begründet sei. Der juristische Sitz der fusionierten Sparkasse werde Unna sein. Die Anteilsverhältnisse seien nach dem wirtschaftlichen Eigenkapital sowie nach dem eingebrachten Kundenvolumen ausgelegt worden. Dieses Verhältnis habe sich auch auf die Zweckverbandsstruktur sowie die Zusammensetzung des Verwaltungsrates ausgewirkt, die er im Folgenden vorstellte.
Der Vorstand der fusionierten Sparkasse werde sich aus den Herren Moßmeier, Röhr und Schneider von der Sparkasse Unna sowie Herrn Wenge von der Sparkasse Kamen zusammensetzen. Herr Alt von der Sparkasse Kamen werde die Funktion des stellvertretenden Vorstandsmitgliedes übernehmen.
Es sei vereinbart, dass der Gewerbesteueranteil für die Stadt Kamen von 12% in 2013 auf 24% im Jahr 2016 und der Anteil am Spendenaufkommen von 12,5 % in 2013 auf 19 % sukzessive ansteigen werde.
Auch wenn sich die Standorte für einzelne Mitarbeiter verändern könnten, erklärte Herr Helbig, werde die Mitarbeiteranzahl in Summe gleichbleiben. Betriebsbedingte Kündigungen seien ausgeschlossen.
Er veranschaulichte, dass durch den fusionsbedingten Stärkentransfer das Beste aus beiden Instituten in den neuen Sparkassenzweckverband eingebracht werde.
Er zeigte die typischen Phasen einer Fusion auf und informierte anhand eines Schaubildes, welche Schritte bereits umgesetzt worden seien und welche noch folgen würden.
Bei den aufgezeigten vier Handlungsfeldern einer Fusion sei das Handlungsfeld „Mensch und Kultur“ von besonderer Bedeutung. Hierzu habe er vor Ort ein sehr vertrauensvolles Verhältnis und das Bewusstsein um die besondere Bedeutung der Mitarbeiter in der Fusion erlebt.
Nachdem Herr Helbig abschließend den zeitlichen Ablauf der für die Fusion notwendigen Schritte – Beschlüsse der örtlichen politischen Gremien, Unterzeichnung des öffentlich-rechtlichen Vertrages, konstituierende Sitzungen des Zweckverbandes und des Verwaltungsrates – dargestellt hatte, hob er die Einstimmigkeit der bisherigen Beschlüsse als deutliches Signal hervor.
Im Fazit werde die Fusion einen Mehrwert für alle Interessensgruppen bringen. Die zusammengeführten, unterschiedlichen Stärken der Institute würden zu einem noch stärkeren Institut führen, dass in der Lage sei, die Herausforderungen der Zukunft zu meistern.

Zum Verfahrensvorschlag des **Bürgermeisters,** nach den Wortmeldungen über die einzelnen Punkte des Beschlussvorschlages in einem Block abzustimmen, ergaben sich keine Einwände.

Herr **Lipinski** dankte zunächst Herrn Helbig für den informativen und umfassenden Vortrag. Ein wichtiger Aspekt der Fusion sei, dass betriebsbedingte Kündigungen ausgeschlossen seien.
Die Wirtschaftsförderung in der Region könne durch die Fusion nachhaltig gestärkt werden.
Die Fusion vereine die Vielfalt und die unterschiedlichen Kulturen der beiden Institute und führe dazu, dass aus der Fusion eine neue starke Sparkasse hervorgehe, die in Unna, Kamen und Holzwickede das führende Institut sei.
Die SPD-Fraktion unterstütze die Fusion und werde der Beschlussvorlage zustimmen.

Frau **Scharrenbach** führte aus, dass die CDU-Fraktion der Fusion ebenfalls zustimmen werde, der Beschluss in der Fraktion jedoch auch kontrovers diskutiert worden sei. Es bestünde eine deutliche Tendenz zu größeren Einheiten, dies sei jedoch nicht immer zwingend positiv zu bewerten. Sie gab zu bedenken, dass mit der Fusionsentscheidung auch ein Stück der kommunalen Selbstverwaltung aufgegeben werde.
Auf der anderen Seite sei es wichtig, die Strukturen vor Ort, beispielsweise die Geschäftsstellenstruktur sowie die Förderung der lokalen Kultur und Wirtschaft, so weit wie möglich zu erhalten und zu fördern. Unstrittig sei auch, dass die zukünftigen Herausforderungen, wie z.B. der größere Wettbewerb sowie die verschärften Bedingungen u.a. bei der Eigenkapitalausstattung, bei den Kreditrechten und den Verbraucherschutzbestimmungen, mit einer größeren Einheit besser bewältigt werden könnten.

Für die FDP-Fraktion erklärte Frau **Schaumann** die Zustimmung zur Fusion. Sie dankte allen an dem Fusionsprozess Beteiligten. Es sei für die Kunden von großer Wichtigkeit, bei der jetzigen wirtschaftlichen Entwicklung die Sparkassenstruktur vor Ort zu stärken.

Zur Thematik der größeren Einheiten machte Herr **Kühnapfel** vorab die Skepsis der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen deutlich. Die vorgebrachten Argumente zu den positiven Auswirkungen der Fusion seien hier jedoch überzeugend. Es sei deutlich geworden, dass beide Institute von einer Fusion profitieren würden. Er dankte allen Beteiligten für die konstruktive Arbeit.

Herr **Grosch** dankte Herrn Helbig für die umfangreichen Informationen. Danach sei es unstrittig, dass die Fusion viele Vorteile bringe. Besonders positiv würden die Fortführung der regionalen Förderung, der Ausschluss von betriebsbedingten Kündigungen sowie der Erhalt der Geschäftsstellenstruktur gesehen.
Mit Blick auf die Weltwirtschaftskrise werde die Einschränkung der hiesigen Kontrollmöglichkeiten kritisch bewertet, da zukünftig keine direkten Einflussmöglichkeiten mehr durch den Rat sondern nur noch über den Zweckverband bestünden.
Es werde ebenfalls kritisch betrachtet, dass die kleineren Fraktionen des Rates in den Gremien der neuen Sparkasse keine Chance mehr auf Mitwirkung hätten.

Langfristig betrachtet sei eine Fusion ohne Frage unausweichlich, weshalb die Fraktion Die Linke/ GAL trotz der bestehenden Bedenken der Fusion zustimmen werde.

Herr **Kloß** begrüßte die Fusion und machte deutlich, dass die interkommunale Zusammenarbeit in den Bereichen, in denen es sinnvoll sei, vorangetrieben werden sollte.
Auf seine Frage, warum nicht noch mehr Sparkasseninstitute aus dem Kreis Unna an der Fusion beteiligten seien, erklärte der **Bürgermeister**, dass die anderen Sparkassen kein Interesse an einer Fusion gezeigt hätten.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, bat der Bürgermeister in Bezug auf Punkt 5 des Beschlussvorschlages die SPD-Fraktion und die CDU-Fraktion um Benennung der Vertreter und der Stellvertreter, die in die Zweckverbandsversammlung entsendet werden sollen.

Für die SPD-Fraktion benannte Frau **Dyduch** als ordentliche Mitglieder Frau Renate Jung und Herrn Michael Krause. Als Stellvertreter wurden Herr Manfred Wiedemann und Frau Annette Mann benannt.

Für die CDU-Fraktion benannte Frau **Scharrenbach** als ordentliches Mitglied Herrn Dirk Ebbinghaus und als Stellvertreterin Frau Rosemarie Gerdes.

Der **Bürgermeister** benannte als Vertreter der Verwaltung als ordentliches Mitglied sich selbst und als Stellvertreter Herrn Ralf Tost.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kamen beschließt:

1. Die Städtische Sparkasse Kamen wird mit Wirkung zum 01.01.2013 auf der Grundlage des vorgelegten Entwurfs eines öffentlich-rechtlichen Vertrags mit der Kreis- und Stadtsparkasse Unna vereinigt. Die Vereinigung soll in der Weise stattfinden, dass die Städtische Sparkasse Kamen gemäß § 27 Abs. 1 Sparkassengesetz (SpkG) von der Kreis- und Stadtsparkasse aufgenommen wird, auf die das Vermögen der Städtischen Sparkasse Kamen im Wege der Gesamtrechtsnachfolge übergeht.

2. Dem vorgelegten Entwurf des öffentlich-rechtlichen Vertrags mit dem Sparkassenzweckverband sowie dem Kreis Unna, der Stadt Unna und der Gemeinde Holzwickede als weiteren Vertragsparteien wird zugestimmt. Der Bürgermeister wird beauftragt, den Vertrag zu schließen und ermächtigt, noch notwendigen Änderungen des Vertragsinhaltes, die nicht wesentlicher Natur sind, zuzustimmen.

3. Die Stadt Kamen tritt mit Wirkung zum 01.01.2013 dem Sparkassenzweckverband des Kreises Unna, der Stadt Unna und der Gemeinde Holzwickede, die Träger der Kreis- und Stadtsparkasse sind, auf der Grundlage des vorgelegten Entwurfs der geänderten Satzung für den Zweckverband bei.

4. Die Stadt Kamen überträgt mit Wirkung zum 01.01.2013 die Trägerschaft für die Städtische Sparkasse Kamen auf den Sparkassenzweckverband, der dann den Namen „Sparkassenzweckverband des Kreises Unna, der Städte Kamen und Unna und der Gemeinde Holzwickede“ trägt und seinen Sitz in Unna hat.

5. Der Rat der Stadt Kamen wählt mit Wirkung zum 01.01.2013 die nachgenannten Mitglieder in die Verbandsversammlung des Sparkassenzweckverbandes:

Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
1. Renate Jung	Manfred Wiedemann
2. Michael Krause	Annette Mann
3. Dirk Ebbinghaus	Rosemarie Gerdes

Vertreter der Verwaltung gemäß § 15 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit (GkG)

4. Hermann Hupe	Ralf Tost

6. Die in die Verbandsversammlung entsandten Vertreter der Stadt Kamen werden angewiesen, bei den Beschlüssen über die Vereinigung der Sparkasse, der Wahl des Vorsitzenden der Verbandsversammlung und des Verbandsvorstehers, des Verwaltungsrates und seines Vorsitzenden sowie der Satzung für die vereinigte Sparkasse so zu entscheiden, wie es im öffentlich-rechtlichen Vertrag vereinbart ist.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 2.
084/2012

Änderung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Stadt Kamen

Beschluss:

Der Rat beschließt die vorgelegte „Siebte Satzung zur Änderung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Stadt Kamen“.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 3.
090/2012

3. Änderung der Satzung über Kostenersatz für Einsätze und über Entgelte für freiwillige Leistungen der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Kamen

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kamen beschließt die vorgelegte " Dritte Satzung zur Änderung der Satzung über Kostenersatz für Einsätze und über Entgelte für freiwillige Leistungen der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Kamen".

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 4.
089/2012

Genehmigung einer außerplanmäßigen Auszahlung im Produkt 21.01.01 – Rückzahlung von Landesmitteln aus dem Förderprogramm „Zuwendung für Investitionen und Ausstattung in offenen Ganztagsschulen im Primarbereich“

Herr **Grosch** teilte mit, dass die Fraktion Die Linke/GAL sich bei der Abstimmung enthalten werde. Er begründete dies mit der kritischen Haltung zum weiteren Verfahren mit dem Gebäude der Glückaufschule, die auch bereits im Wirtschaftsausschuss deutlich gemacht worden sei.

Herr **Hupe** wies in diesem Zusammenhang auf eine in Kürze geplante Veranstaltung der Bauherren des neuen Gebäudes hin, die umfassend informieren und möglicherweise bestehende Bedenken relativieren werde. Ein genauer Termin hierfür stehe noch nicht fest.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kamen genehmigt für die Rückzahlung von Mitteln aus dem Förderprogramm „Zuwendung für Investitionen und Ausstattung in offenen Ganztagsschulen im Primarbereich“ die Bereitstellung einer außerplanmäßigen Auszahlung im Produkt 21.01.01 in Höhe von 54.000 €.

Abstimmungsergebnis: bei 2 Enthaltungen einstimmig angenommen

Zu TOP 5.
092/2012

Genehmigung einer außerhalb der Planung anfallenden investiven Mehrauszahlung im Produkt 55.01.01 - Öffentliches Grün -
hier: Ersatzbeschaffung eines Traktors mit Frontlader

Beschluss:

Im Produkt 55.01.01 - Öffentliches Grün - werden für die Ersatzbeschaffung eines Traktors mit Frontlader investiv zusätzlich 50.600,-- € bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 6.

Einbringung Haushaltssatzung und Produkthaushalt für das Jahr 2013

Anhand einer Präsentation referierte Herr **Mösgen** zum Haushalt 2013.
(Auf die als Anlage beigefügte Rede wird verwiesen. Die Präsentation ist im Ratsinformationssystem hinterlegt.)

Zu TOP 7.

Einbringung Stellenplan für das Jahr 2013

Herr **Hupe** gab mittels einer Präsentation *(die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage beigefügt)* einen Überblick zum Stellenplan für das Jahr 2013. Zunächst veranschaulichte er, dass die Anzahl der Stellen seit 2006 von 423 auf 394 in 2012 reduziert worden sei.
Danach ging er auf die Eckdaten des Stellenplans ein und stellte einen Vergleich zum Jahr 2012 an. Zu den Nachkommastellen der Stellenanzahlen erklärte er, dass diese der neuen Personalsoftware geschuldet seien. Unter Berücksichtigung der Stellenerweiterungen und Stelleneinsparungen würden in Bezug auf das Vorjahr insgesamt 6,33 Stellen eingespart. Damit werde die Maßnahme des Haushaltssicherungskonzeptes, jede dritte frei werdende Stellen nicht nachzubesetzen, umgesetzt.
Mit Blick auf die Mitarbeitereffizienz sei seit 2009 eine klare Steigerung festzustellen. Dabei müsse man die Personalentwicklung und die Arbeitsverdichtung im Blick haben.
Selbstverständlich werde es sowohl im Beamten- als auch im Angestelltenbereich Personalentwicklung geben.
Die Verwaltung stehe wie immer für weitere Fragen zur Verfügung.

Zu TOP 8.
073/2012

Jahresabschluss der Kamener Betriebsführungsgesellschaft mbH zum 31.12.2011

Herr **Gercek** dankte zunächst dem Geschäftsführer und den Mitarbeitern für die geleistete Arbeit. Er erklärte, dass der Jahresfehlbetrag aufgrund einer Besonderheit höher ausgefallen sei als im Wirtschaftsplan veranschlagt. Dies resultiere daraus, dass in 2011 eine Veranstaltung abgerechnet worden sei, die tatsächlich auf das Jahr 2012 verschoben worden sei. Aus der dadurch notwendigen Korrektur sei der höhere Fehlbetrag entstanden. Es handele sich dabei um einen buchungstechnischen Vorgang, eine Erhöhung des Zuschussbedarfes durch die Stadt sei nicht erforderlich gewesen.

Frau **Scharrenbach** machte zunächst die Verwunderung der CDU-Fraktion über den vom Wirtschaftsplan abweichenden Fehlbetrag deutlich. Sie führte aus, dass die CDU-Fraktion eine getrennte Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt beantrage, da zwar der Feststellung des Jahresabschlusses, nicht aber der Genehmigung des Lageberichtes und dem Ausgleich des Jahresfehlbetrages zugestimmt werde.
In dem geschilderten Fall der ausgefallenen Veranstaltung reiche eine Einzelwertberichtigung nicht aus, vielmehr hätte konsequenterweise auch der Umsatz aus den Umsatzerlösen herausgerechnet werden müssen.

Mit Blick auf die Altersversorgungsverpflichtungen, bei denen es bereits für das Jahr 2009 ein Berechnungsfehler gegeben habe, kritisierte sie, dass erneut ein Berechnungsfehler vorliege.
Die Entwicklung der KBG werde unter Berücksichtigung der jährlich vorgelegten Zahlen mit großer Skepsis betrachtet. Die geschlossenen Zielvereinbarungen würden nicht eingehalten, es sei aber nicht zu erkennen, dass daraus Konsequenzen gezogen würden.
Sorgenvoll betrachtete sie die Verschlechterung bei der Entwicklung der Liquiditätskredite.

Frau **Schaumann** wies kritisch darauf hin, dass die in der Planung gesetzten Ziele bereits zum wiederholten Male nicht eingehalten worden seien. Jedes Jahr werde eine positive Entwicklung prognostiziert, die jedoch nie eintreffe. Es bestehe zweifellos Handlungsbedarf.
Die FDP-Fraktion werde den Vorlagen nicht zustimmen.

Herr **Grosch** beanstandete die wenig umfangreiche Formulierung des Lageberichtes, die zudem nichtssagend sei. Eine Veränderung der Situation der Stadthalle sei weiterhin nicht erkennbar. Der Rat erhalte zu wenige Informationen über mögliche Maßnahmen, die den Verlust zukünftig reduzieren könnten.

Herr **Kloß** verwies auf die in den vergangenen Jahren mehrfach geäußerte Kritik und schloss sich seinen Vorrednern an. Den Lagebericht bezeichnete er als Armutszeugnis.
Es dürfe nicht nur weiter abgewartet werden, den Worten müssten auch Taten folgen. Er werde der Vorlage nicht zustimmen.

Frau **Werning** schloss sich ebenfalls der vorgebrachten Kritik an. Verbesserungsvorschläge seien wieder einmal nicht erkennbar. Der Beschlussvorlage werde in allen Punkten nicht zugestimmt.

Der **Bürgermeister** gab bei aller Kritik zu bedenken, dass ein Fehlbetrag im Wirtschaftsplan prognostiziert worden sei. Zum besseren Verständnis erläuterte er detailliert, warum die Pauschalwertberichtigung für die richtige Periodenzuordnung notwendig gewesen sei.
Es sei richtig, dass es eine Liquiditätsverschlechterung gebe. Dies stehe in Zusammenhang mit bestimmten Kleininvestitionen, die dann gebündelt umgeschuldet würden.
Herr Hupe machte deutlich, dass der Aufsichtsrat sehr wohl zu seiner Verantwortung stehe und sich dieser auch stelle.
Seines Wissens würden Stadthallen in anderen Kommunen überall Verluste erwirtschaften. Unabhängig davon sei das operative Geschäft der Stadthalle durchaus erfolgreich.
In Bezug auf eine thematisierte Schließung bat er, die Bindung durch Fördermittel bis zum Jahr 2017 als Tatsache zu berücksichtigen.
Er hielt es nicht für angemessen und verantwortungsbewusst, ausschließlich Pauschalforderungen und Kritik in den Raum zu stellen.

Frau **Scharrenbach** hielt an ihrem Standpunkt fest, dass die fragliche Forderung nicht berechtigt gewesen sei, da keine Leistung erfolgt sei. Das Geschäft hätte erfolgsneutral dargestellt werden müssen.
Sie verwehrte sich gegen den Vorwurf, sich der Verantwortung zu verweigern. Über ein Jahrzenht seien die Verluste mitgetragen worden, ohne dass sich eine Verbesserung eingestellt habe.

Es sei ein Zeichen von Verantwortung, dass das Ergebnis nicht mehr mitgetragen werde und Konsequenzen für die Nichteinhaltung der Ziele eingefordert würden. Die Verwaltung sei gefordert, geeignete Steuerungsmaßnahmen aufzuzeigen.

Herr **Hupe** wandte ein, dass ein nichterfüllter Vertrag mit Blick auf eine Vertragsstrafe sehr wohl als Forderung gebucht werden könne.
Zudem sei die Verlustausweisung im Wirtschaftsplan seit einigen Jahren durchaus realistisch. Als Pauschallösung könnten nicht einfach die Personalkosten herhalten, da hier bereits die Grenzen des Möglichen erreicht seien. Sachkosten seien permanent verringert worden. Sollten tatsächlich konstruktive Vorschläge zur Verbesserung vorgelegt werden, sei man jederzeit für eine Diskussion offen.

Wenn keine Einflussmöglichkeiten auf das operative Geschäft bestünden, resümierte Herr **Kühnapfel**, mache es den Anschein, dass die Zielvereinbarungen nur für die Präsentation in der Öffentlichkeit erstellt worden seien.

Der Aufsichtsrat nehme selbstverständlich Einfluss auf das operative Geschäft, entgegnete Herr **Hupe**, trotzdem bestünden keine wesentlichen Möglichkeiten, eine deutliche Verbesserung auf der Erlösseite darzustellen. Es sei unstrittig, dass der Verlust hoch sei. Bei der kontroversen Diskussion dürfe aber nicht außer Acht gelassen werden, was die Stadthalle für die Stadt und ihre Bürger leiste. Er bat insofern um eine differenzierte Betrachtung.

Herr **Grosch** stimmte zu, dass die Stadthalle durchaus eine wichtige Stellung im Freizeit-, Kultur- und Vereinsleben der Stadt einnehme. Unabhängig davon sei ein tendenziell steigender Verlust zu verzeichnen.
In der Vergangenheit sei bereits vielfach über die Gründe für die hohen Verluste diskutiert worden. Die Begründung der schlechten sozialen Situation und der darauf zurückzuführenden sinkenden Erlöse in der Gastronomie, könnten für das Jahr 2011 aufgrund der gestiegenen Gastronomieerlöse nicht angeführt werden.
Er wünschte sich eine Diskussion über die Möglichkeiten, wie das Defizit der KBG verringert und das Angebot attraktiver gestaltet werden könne.

Herr **Heidenreich** verwies darauf, dass das Ziel weitgehend erreicht worden sei und die Einbuchung der Forderung aus bilanztechnischen Gründen notwendig gewesen sei. Selbstverständlich seien Zielvereinbarungen wichtig, dennoch gebe es unterschiedliche Gründe, warum sie nicht eingehalten werden könnten. Ebenso sei das operative Geschäft nicht detailliert im Voraus bestimmbar.
Er hielt es für wichtig, die Stadthalle in ihren Bemühungen zu unterstützen.

Herr **Eisenhardt** machte deutlich, dass man nicht von einer Zielerreichung sprechen könne, wenn seit Jahren keine Verbesserung in den Ergebnissen erkennbar sei. Dies zeige deutlich die Mängel in der Geschäftspolitik der KBG auf. In Folge dessen könne weder der Aufsichtsrat noch die Geschäftsführung entlastet werden.
Er stellte heraus, dass nicht der Anspruch bestehe, Gewinne zu erwirtschaften, jedoch müssten die Verluste erkennbar geringer werden.

Herr **Gercek** wandte ein, dass der Aufsichtsrat sehr wohl einen kritischen Blick auf die Geschäftspolitik der Stadthalle habe. Er erinnerte daran, dass der Jahresabschluss vom Aufsichtsrat einstimmig beschlossen worden sei. Insofern habe er für die heute geäußerte Kritik kein Verständnis.

Zur Verdeutlichung der Bedeutung der Stadthalle für die Bürger zeigte er die Bandbreite der in der Stadthalle stattfindenden Veranstaltungen auf.

Frau **Scharrenbach** kritisierte, dass die SPD scheinbar kein Interesse an Veränderungen habe. Wie auch in den Jahren zuvor mache die CDU-Fraktion ihre Erwartungshaltung deutlich.

Die Frage von Frau Scharrenbach, ob Veranstaltungen der Stadt über die Stadthalle abgewickelt würden, um über eine solche Quersubvention den städtischen Haushalt zu entlasten, wurde vom **Bürgermeister** entschieden verneint.

Frau **Dyduch** gab zu bedenken, dass die Diskussion sehr plakativ geführt werde und sich jedes Jahr in dieser Form wiederhole. Sie wünsche sich Einigkeit darüber, dass die Stadthalle ihre Berechtigung habe und für die Stadt und die Bürger einen großen Mehrwert bringe.
Ausschließlich Kritik zu üben ohne konkrete Vorschläge einzubringen, würde kein Weiterkommen in der Sache ermöglichen.

Herr **Kühnapfel** merkte kritisch an, dass nicht alle Fraktionen im Aufsichtsrat der KBG vertreten und daher nicht über alle Details informiert seien. Folglich könne im Rat nicht so intensiv wie im Aufsichtsrat diskutiert werden. In diesem Rahmen sei es daher nur möglich Verbesserung zu fordern.

Herr **Hupe** machte deutlich, dass seine Kritik sich gegen die allgemein gehaltenen Formulierungen richte. Es werde ein besseres Ergebnis und ein neues Geschäftsmodell gefordert, dabei aber nicht aufzeigt, wie dies genau aussehen könne. Zudem machte er deutlich, dass er den Fraktionen immer wieder das Gespräch angeboten habe, um offene Fragen detailliert zu klären.

Herr **Fuhrmann** berichtete, dass der Jahresabschluss auch im Aufsichtsrat durchaus kritisch diskutiert worden sei. Es stehe außer Frage, dass die Mitarbeiter der Stadthalle sehr bemüht seien, das Ergebnis zu verbessern. Eine kritische Betrachtung sei trotzdem angebracht.

Beschluss:

Die Vertreter der Stadt Kamen werden beauftragt, in der Gesellschafterversammlung wie nachstehend aufgeführt abzustimmen:

> Der Jahresabschluss der Kamener Betriebsführungsgesellschaft mbH zum 31.12.2011 wird in der vorgelegten Form festgestellt.

Abstimmungsergebnis: bei 1 Gegenstimme mehrheitlich angenommen

Beschluss:

Die Vertreter der Stadt Kamen werden beauftragt, in der Gesellschafterversammlung wie nachstehend aufgeführt abzustimmen:

Der Lagebericht wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: bei 17 Gegenstimmen mehrheitlich angenommen

Beschluss:

Die Vertreter der Stadt Kamen werden beauftragt, in der Gesellschafterversammlung wie nachstehend aufgeführt abzustimmen:

Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 517.581,48 € wird von der Stadt Kamen ausgeglichen. Hiervon werden 456.000,00 € (ursprünglicher Verlust vor Einzelwertberichtigung) im Wirtschaftsjahr 2012 ausgeglichen, der verbleibende Betrag in Höhe von 62.000 € mit dem Verlustausgleich 2012 verrechnet.

Abstimmungsergebnis: bei 17 Gegenstimmen mehrheitlich angenommen

Zu TOP 9.
074/2012

Entlastung des Aufsichtsrates und der Geschäftsführung der Kamener Betriebsführungsgesellschaft mbH für das Geschäftsjahr 2011

Der Bürgermeister übergab die Sitzungsleitung an Herrn Wiedemann.

Die nachstehenden Mitglieder des Rates haben gem. § 31 Gemeindeordnung NRW an der Beratung und Beschlussfassung nicht teilgenommen:

Thomas Blaschke, Britta Dreher, Rainer Fuhrmann, Kaya Gercek, Rosemarie Gerdes, Astrid Gube, Petra Hartig, Hans-Dieter Heidenreich, Hermann Hupe, Renate Jung, Wilhelm Kemna, Ursula Müller, Franz Hugo Weber, Bettina Werning, Nicola Zühlke.

Beschluss:

Die Vertreter der Stadt Kamen werden beauftragt, in der Gesellschafterversammlung wie nachstehend aufgeführt abzustimmen:

Dem Aufsichtsrat der Kamener Betriebsführungsgesellschaft mbH werden gem. § 12 Nr. 3b des Gesellschaftsvertrages Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis: bei 2 Enthaltungen und 1 Gegenstimme mehrheitlich angenommen

Beschluss:

Die Vertreter der Stadt Kamen werden beauftragt, in der Gesellschafterversammlung wie nachstehend aufgeführt abzustimmen:

Der Geschäftsführung der Kamener Betriebsführungsgesellschaft mbH werden gem. § 12 Nr. 3b des Gesellschaftsvertrages Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis: bei 1 Enthaltung und 13 Gegenstimmen mehrheitlich angenommen

Herr **Wiedemann** gab die Sitzungsleitung zurück an Herrn **Hupe**.

Zu TOP 10.

Einwohnerfragestunde

Einwohnerfragen lagen nicht vor.

Zu TOP 11.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

11.1 Mitteilungen

11.11 Herr **Hupe** korrigierte seine im Haupt- und Finanzausschuss im Rahmen der Erörterung der Gebühren gemachte Aussage, dass die Zusammenfassung der Märkte und Kirmessen auf einem Antrag der CDU-Fraktion beruhe.

11.12 Zu anstehenden Änderungen im Personalbereich berichtete Herr **Hupe**, dass Herrn Klaus Güldenhaupt als Fachbereichsleiter des Fachbereiches Jugend, Schule und Sport Herr Jürgen Dunker folgen werde. Die Gruppenleitung für den Bereich der Finanz- und Bilanzbuchhaltung für Herrn Jürgen Hermani werde im nächsten Jahr Herr Christian Völkel übernehmen.

11.2 Anfragen

11.21 In Bezug auf die von der Gemeinde Bönen beschlossene Kürzung des Zuschusses für die VHS Kamen Bönen fragte Herr **Fuhrmann** nach den Auswirkungen, insbesondere ob aus einer geringeren Bezuschussung eine Reduzierung des Angebotes auf die Pflichtaufgaben resultieren würde.

Der **Bürgermeister** berichtete, dass man zurzeit Gespräche zur Frage des konzeptionellen Zuganges führe. Die Entscheidung der Gemeinde Bönen sei dem enormen finanziellen Druck geschuldet.

11.22 Zu den personellen Nachbesetzungen erkundigte sich Frau **Gerdes**, warum keine der Stellen mit einer Frau nachbesetzt werde.

Der **Bürgermeister** bat zu berücksichtigen, dass eine Personalentscheidung ein sehr differenzierter Vorgang sei. Im Ergebnis sei nach Abwägung aller Faktoren die vorgestellte Entscheidung im Einvernehmen mit der Gleichstellungsbeauftragten und dem Personalrat getroffen worden. Unabhängig davon arbeite die Verwaltung, wie bereits ausgeführt, an der Frauenförderung innerhalb der Führungsebene.

11.23 Auf die Frage von Herrn **Ebbinghaus** zum Sachstand der Prüfung zu einer Verkleinerung des Rates sagte der **Bürgermeister** einen Bericht in der Dezembersitzung des Rates zu.

gez. Hupe
Bürgermeister

gez. Tost
Schriftführer